

38/1995

Bundeskanzler Helmut Kohl: Klare Verhältnisse

„Ganz einfach und ohne zu zögern“ sollte man ausprobieren, ob es stimmt, was der neue Vorsitzende der SPD nach seiner Wahl in Mannheim behauptet hat, daß es in Deutschland nämlich für das linke Lager eine Mehrheit gebe.

Rot-Grün allein jedenfalls, das wisse auch Herr Lafontaine, habe keine Mehrheit; er könne deshalb nur daran gedacht haben, „Ersatztruppenteile“ heranzuführen, was nach der Diskussion der letzten Tage heißt: „ein bißchen mit der PDS“.

Auf einer Pressekonferenz am 24. November in Bonn hat Bundeskanzler Helmut Kohl zum ersten Mal nach seiner Asien-Reise die Gelegenheit genutzt, um sich zu Themen der deutschen Innenpolitik und damit auch zum Mannheimer Parteitag der SPD zu äußern.

Die Überschrift dazu ist für den Bundeskanzler ziemlich einfach, und die Botschaft für jede Bürgerin und für jeden Bürger in Deutschland lautet entsprechend: Die Sozialdemokraten unter Lafontaine wollen um jeden Preis an die Macht.

Auch wenn „an die Macht wollen“ durchaus legitim sei, sei „es um jeden Preis wollen“ jedenfalls nicht legitim. Ob unter dem Tisch gefingert werde oder offene Verbrüderung stattfinde, sei dabei ziemlich gleichgültig: Lafontaine verhehle nicht, daß er das Magdeburger Modell für akzeptabel halte, und be-

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Bosnien-Herzegowina

NATO auch auf einen angemessenen deutschen Beitrag angewiesen. Beschlußvorschlag der Bundesregierung. Seite 5

● Sozialdemokraten

Wolfgang Schäuble: Lafontaines gefährliches Spiel. Seite 7

Joachim Hörster: Die Erwartungen der SPD werden schnell wie Seifenblasen platzen. Seite 10

● Kindergartenplatz

Befristete Stichtagregelung ist ein notwendiger Kompromiß. Seite 12

● Europa

EVP-Kongreß in Madrid: Ein voller Erfolg auf dem Weg zu einer europäischen Partei. Seite 20

● CDU Brandenburg

Letzter Samstag im Monat. Neue Formen der Arbeit der Orts- und Kreisverbände. Seite 24

● Dokumentation

40 Jahre Bundeswehr. Bilanz und Perspektive. Rede von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU am 20. November in Eckernförde. Grüner Teil

Helmut Kohl: Auf geht's

Mit der Überschrift „Bereit zum Kampf“ kommentiert „Die Welt“ vom 25. November, was sie aus den Worten des Bundeskanzlers auf seiner Pressekonferenz heraushörte und schreibt:

Helmut Kohl wäre nicht der, der er ist, wenn er nach dem Mannheimer SPD-Parteitag und der Wahl Oskar Lafontaines zum Parteichef nicht die erste Gelegenheit genutzt hätte, um den Flirt der Sozialdemokraten mit der PDS zu geißeln. Aus dem Hohn und Spott, den er über seinen möglichen nächsten Herausforderer ausgoß, sprach auch seine Lust am Kampf. Kohl zeichnete die Linie der Landtagswahlkämpfe im Frühjahr in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vor. Seine Botschaft an die Sozialdemokraten nahm ein Wort Lafontaines auf: Zieht euch warm an. Die Welt

Daß sich „Wahlkampf“ ankündigt und der „Wind rauher“ wird, stellt nach der Pressekonferenz des Bundeskanzlers auch der „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 25. November fest und kommentiert:

Gestern nun sein Frontalangriff gegen Lafontaine, SPD und deren angeblichen Bundesgenossen in spe, die PDS. Bei diesem Auftritt vor der Bonner Bundespressekonferenz war nicht ganz klar auszumachen, was im Moment schwerer wiegt: Kohls eigener Kampfeswille oder seine Fürsorglichkeit, die CDU-Truppe aufzuwecken. Jedenfalls hat der Kanzler den Wahlkampf eröffnet – und zwar nicht nur den für die Drei-Länder-Wahl im nächsten März. Schon festigt sich die politische

Schlachtordnung für die Bundes-Entscheidung 1998. Kölner Stadt-Anzeiger

Daran, daß der Bundeskanzler den neuen SPD-Chef als „skrupellosen Spieler um die Macht“ bereits als Kanzlerkandidaten der SPD von 1990 kenne, erinnert die „Rheinische Post“ vom 25. November und folgert aus der Pressekonferenz des Kanzlers:

Beim Betrachten der innenpolitischen Front sah man den Bundeskanzler eher besorgt, gerade weil er zu den bei ihm inzwischen so beliebten Kleinkalibern Spott und Ironie griff: Nicht sein Problem, wenn die SPD endlich ‚aus dem Loch kommt‘ und sich mit diesem scheinbar ‚unschlagbaren‘ Lafontaine gerettet glaubt. Doch der neue SPD-Chef – als Kanzlerkandidat

Pressestimmen

von 1990 Kohls alter Bekannter – bleibt für den Bundeskanzler ein skrupelloser Spieler um die Macht. Und um jeden Preis: Die Grünen als Hilfstruppe in Schach halten, die fehlenden Bataillone zur Mehrheit ‚links von der Mitte‘ bei den Linksextremisten der PDS rekrutieren. Diese PDS aber will die soziale Marktwirtschaft kaputt machen und die ungebrochene SED-Nachfolgeschaft kaschieren. Rheinische Post

Der „Bericht aus Bonn“ der ARD schließt am 24. November gegen 22.30 Uhr seine Ausschnitte aus der Bundespressekonferenz mit dem Zitat des Kanzlers: „Es gilt der Satz: Auf geht's.“

Fortsetzung von Seite 1

reits der erste Schritt nach seiner Wahl zielt darauf ab, die Öffentlichkeit an den Gedanken einer Zusammenarbeit mit der PDS zu gewöhnen, um schließlich auch zu einem Bündnis mit ihr zu kommen.

Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Bei der notwendigen Auseinandersetzung mit der PDS gehe es nicht um eine Auseinandersetzung mit deren Wählern oder gar um Wählerbeschimpfung, sondern darum, Wähler in das demokratische Parteienspektrum zurückzuholen, die ihren Weg aus welchen Gründen immer in den Linksaußen- oder auch Rechtsaußenbereich genommen haben.

Und linksradikal sei die PDS samt ihren Kadern. Das zeige ihr Programm, über das erstaunlicherweise wenig geredet werde, obwohl gerade darüber diskutieren müsse, wer Ja zur PDS und zur Zusammenarbeit mit ihr sage.

Vergeßliches Wahlprogramm

In seinem Tenor anti-westlich und anti-amerikanisch, räumt das Wahlprogramm der PDS, das nicht vor 100 Jahren geschrieben wurde, sondern gerade einmal zwei Jahre alt ist, der sozialistischen Oktoberrevolution die Bedeutung eines Ereignisses ein, das die Menschheit weit vorangebracht habe. Daß „Archipel Gulag“ existierte und Millionen von Menschen dem Fanatismus der kommunistischen Ideologie zum Opfen fielen, werde aber einfach unterschlagen.

Wer schließlich in sein Programm die Zerstörung der Sozialen Marktwirtschaft durch Klassenkampf schreibe, wolle eine andere Republik und operiere außerhalb des Rahmens, in dem die Auseinandersetzung über die Zukunft dieses Landes stattfindet.

Als schallende Ohrfeige vor allem für die, die jahrzehntelang unter dem kommunistischen Regime gelitten haben, sieht Bundeskanzler Helmut Kohl die angestrebte Zusammenarbeit der SPD mit der PDS sowie als Schlag gegen die Bürgerrechtler, die gegen das Unrechtssystem gekämpft haben.

Um so größeren Wert legt Helmut Kohl auf die Feststellung, daß die überwältigende Mehrheit der Wähler in den neuen Bundesländern demokratische Parteien und nicht PDS gewählt hat.

Auf keinem Auge blind

Für die CDU sei die Lage klar: kämpfen gegen Radikale von rechts **und** links. Helmut Kohl: „Wir sind dabei auf keinem Auge blind.“

Was schließlich dazu geführt habe, daß die „Republikaner“ heute in die völlige Bedeutungslosigkeit zurückgefallen sind, müsse auch der PDS gegenüber möglich sein. Die CDU werde sich jedenfalls in den neuen Bundesländern um die Wählerinnen und Wähler bemühen, die bei den letzten Wahlen ihre Stimme – aus welchen Gründen immer – der PDS gegeben haben. Und der Bundeskanzler drückte seine Hoffnung aus, daß es die Sozialdemokraten entgegen anderslautenden Ankündigungen doch schließlich genauso halten würden wie er.

Mit einem Wort: Radikale von rechts und von links dürfen nicht ihren Einfluß dazu nutzen können, um die Achse der Republik zu verschieben. Und auch die Sozialdemokraten haben hier Gelegenheit, z. B. bei den Entscheidungen im Deutschen Bundestag, über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens im ehemaligen Jugoslawien wie überhaupt durch ihre außen- und europapolitischen Entscheidungen zu zeigen, daß sie in dieser für unser Land wichtigen Grundfrage nicht anders

Offen für deutsche Inventionen und für die Zusammenarbeit mit Deutschland

Als „ein weiteres Wegstück auf dem Wege zu einer Verbesserung der Position der Bundesrepublik Deutschland in diesem Teil der Welt“ hat Bundeskanzler Helmut Kohl auf seiner Pressekonferenz am 24. November seine Asien-Reise genannt.

Bereits kurz nach seiner Rückkehr habe er zu seiner großen Freude von vielen Seiten – auch außerhalb Deutschlands – gehört, wie wichtig es gewesen sei, daß die Deutschen auch in diesem Teil der Welt ihre Karte abgegeben haben.

Angesichts der unvergleichlich größeren dynamischen Entwicklung, als sie z. B. in Europa stattfindet, ging es der Bundesregierung genau darum, mit von der Partie zu sein.

Was die deutsche China-Politik betrifft, unterstrich der Bundeskanzler, daß sich ganz besonders eine Politik mit langem Atem bezahlt mache, und stellte fest, daß sich einmal mehr gezeigt habe, daß die Repräsentanten der deutschen Wirtschaft die Zeichen der Zeit richtig erkennen und längst dabei sind, auch mit China wirtschaftliche Kontakte zu knüpfen.

Die Offenheit für deutsche Investitionen und für die Zusammenarbeit mit

Deutschland sei enorm. Das gelte nicht nur für die Volksrepublik China, sondern in gleichem Maße auch für Vietnam und für Singapur.

Schon kurz nach Abschluß der China-Reise habe sich bereits erkennen lassen, wie viele mittel- und langfristige Absprachen getroffen worden sind. Wenn davon nur weniger als die Hälfte realistisch ist, wäre das trotzdem mit Abstand die größte Bewegung in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China.

Dabei war es für den Bundeskanzler unverkennbar, daß die Dinge in Peking in Bewegung gekommen sind. Es sei deshalb auch höchst unwahrscheinlich, daß sich der wirtschaftliche Reformkurs in China noch einmal zurückdrehen läßt. Helmut Kohl zeigte sich deshalb auch fest davon überzeugt, daß sich hier wie anderswo in der jüngsten Geschichte zeigen wird: wirtschaftliche Reformen haben auch Konsequenzen in allen anderen Bereichen der Politik und werden deshalb zu mehr politischer Freiheit und zu mehr Achtung der Menschenrechte führen.

denken. Die CDU jedenfalls werde alles tun, um sie dazu zu zwingen, Farbe zu bekennen.

„Eine gute Situation“ und „klare Verhältnisse“ – mit diesen Worten beschreibt der Bundeskanzler die Lage und findet es dabei völlig nebensächlich, ob sich Rot-Grün und PDS bei Tag oder bei Nacht

treffen, um sich schließlich so oder so auf der einen Seite wiederzufinden: Auf der anderen Seite jedenfalls stehen die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP.

Helmut Kohl: „Klare Verhältnisse sind immer eine angenehme Arbeitsgrundlage. Deswegen, denke ich, gilt der Satz: Auf geht's!“

NATO auch auf einen angemessenen deutschen Beitrag angewiesen

Die Bundesregierung hat am 28. November über die deutsche Beteiligung an den militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina beraten und hat dem Deutschen Bundestag folgenden Antrag als Beschlußvorschlag mit der Bitte um Zustimmung zugeleitet:

Antrag der Bundesregierung

Deutsche Beteiligung an den militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Der Deutsche Bundestag stimmt dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte entsprechend dem von der Bundesregierung am 28. November 1995 beschlossenen deutschen Beitrag zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina zu.

Begründung:

Im Vertragswerk von Dayton haben die Parteien der Entsendung einer multinationalen Friedenstruppe von NATO und Nicht-NATO-Staaten zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina einvernehmlich zugestimmt. Die Parteien haben bekräftigt, daß sie die Regelungen zur Durchführung der militärischen Aufgaben der multinationalen Friedenstruppe uneingeschränkt anerkennen und voll unterstützen. Sie haben in Dayton in einer besonderen Vereinbarung bestätigt, schon mit Paraphierung an die Bestimmungen des Vertragswerks gebunden zu sein.

Im Vertragswerk von Dayton wird der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ersucht, eine Resolution mit dem entsprechenden Mandat für eine multinationale Friedenstruppe zu verabschieden. Es ist zu erwarten, daß diese Resolution unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertragswerks beschlossen wird. Der NATO-Rat wird entsprechende Beschlüsse zur Durchführung der Operation fassen.

Durch Vorausverlegung von Führungskräften soll für die Region rasch ein sichtbares Zeichen für die Bereitschaft zur Absicherung des Friedens gesetzt werden. Zugleich werden damit die Voraussetzungen geschaffen, unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Hauptkräfte in die Region entsenden zu können.

Die Bundesregierung mißt der militärischen Absicherung des Friedensvertrages höchste politische Bedeutung bei, weil nur so die Voraussetzungen für dauerhafte Stabilität im früheren Jugoslawien gewährleistet sind. Das Engagement der NATO wird entscheidend dazu beitragen, die Bedingungen zu schaffen, die erforderlich sind, um den Schutz und die Menschenrechte der notleidenden Bevölkerung zu sichern, den Flüchtlingen die Rückkehr zu erleichtern und den Weg für ein friedliches Miteinander zu eröffnen. Die NATO ist zur erfolgreichen Durchführung ihres Auftrags im früheren Jugoslawien auch auf einen angemessenen deutschen Beitrag angewiesen.

Deshalb hat die Bundesregierung am 28. November 1995 beschlossen:

1. Das Bundeskabinett beschließt, zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina mit folgenden

Maßnahmen beizutragen:

- Verstärkung der bereits in Kroatien eingesetzten Sanitätskompanie;
- Bereitstellung von land- und luftgestützten Transportkräften einschließlich erforderlicher Eigensicherung;
- Bereitstellung von Pionierkräften einschließlich erforderlicher Eigensicherung;
- Bereitstellung von Lufttransportkräften (TRANSALL);
- Bereitstellung der bereits eingesetzten TORNADO-Flugzeuge der Luftwaffe und Flugzeuge BREGUET ATLANTIQUE der Marine;
- Beteiligung an maritimen Operationen durch Schiffe und Seeaufklärer.

Die Entsendung dieser Kräfte kann erfolgen, sobald der Friedensvertrag für Bosnien-Herzegowina unterzeichnet ist und ein entsprechendes Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie ein entsprechender Beschluß des NATO-Rats vorliegen.

2. Die Bereitstellung der deutschen Kräfte zur Unterstützung der multinationalen Friedenstruppe schließt den zeitlich begrenzten Einsatz der in Kroatien stationierten Kräfte in Bosnien-Herzegowina ein.

Frieden bringen

Das Bundeskabinett hat grünes Licht für den größten Auslandseinsatz der Bundeswehr gegeben. Der Marschbefehl ist richtig, gibt es doch für Soldaten keine sinnvollere Aufgabe als die, anderen Menschen Frieden zu bringen.

So lautet auch der Auftrag an die 60.000 internationalen Soldaten, die in den kommenden Monaten im früheren Jugoslawien stationiert sein werden. Der Einsatz birgt Risiken, denn der Haß zwischen den

3. Personal und Führungsunterstützungskräfte für internationale Hauptquartiere im früheren Jugoslawien können bereits verlegt werden, bevor die unter Ziffer 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

4. Der Umfang des deutschen Kontingents wird eine Größenordnung von rund 4.000 Soldaten haben. Abhängig von der Lageentwicklung vor Ort können zusätzliche Kräfte bereitgestellt werden, vor allem zur Sicherung.

5. Der deutsche Beitrag ist auf längstens zwölf Monate befristet – dies entsprechend dem Vertragswerk von Dayton und der Beschlußlage des NATO-Rates.

6. Bei dem Einsatz deutscher Kräfte zur Unterstützung der multinationalen Friedenstruppe im früheren Jugoslawien handelt es sich um eine besondere Auslandsverwendung im Sinne des § 58 a des Bundesbesoldungsgesetzes.

7. Der Bundesminister der Verteidigung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Auswärtigen der NATO die Bereitstellung der genannten Kräfte für den Einsatz anzuzeigen.

Volksgruppen in Bosnien-Herzegowina ist tief und wird auch vor den Friedensbringern der NATO keinen Halt machen. Doch ein gegenseitiges Weitermorden auf dem Balkan würde Europa womöglich höhere Opfer abverlangen als ein Einsatz zum jetzigen Zeitpunkt.

So sinnvoll die Beteiligung von 4.000 deutschen Soldaten ist, so unglücklich sind die innenpolitischen Umstände der Entsendung. Die SPD windet sich. Den Bündnisgrünen droht gar eine Zerreißprobe. **Stuttgarter Nachrichten**

Wolfgang Schäuble:

Lafontaines gefährliches Spiel

Aller Siegestrunkenheit der Sozialdemokraten nach der Wahl Oskar Lafontaines zum Trotz: Wer genauer hinsieht, stellt fest, daß der Zustand der SPD nicht besser geworden ist und daß das Ergebnis des Parteitags unser Land nicht weiter bringt.

Die SPD verschleißt weiter ihre Vorsitzenden. Da wurde 1993 – nachdem der inzwischen vergessene Björn Engholm über seinen Kieler Wahlbetrug gestolpert war – mit großem Getöse ein neuer Vorsitzender durch Mitgliederbefragung gekürt. „Mehr Demokratie wagen“ war das Motto, von Oskar Lafontaine als großer Erfolg gefeiert. Zwei Jahre später ist alles vergessen. Er hält eine flammende, aber inhaltslose Rede, und der Parteitag wählt vor lauter Rührung den falschen Vorsitzenden. Ein besonderes Zeichen von Verlässlichkeit ist das nicht.

Der neue Vorsitzende verspricht, die politische Auseinandersetzung farbiger zu machen. Man glaubt es ihm unbesehen angesichts der Erfahrungen mit seiner Sprunghaftigkeit in den letzten Jahren. Nur: zu wessen Nutzen? Die Rezepte stammen geradewegs aus den wirklichkeitsfernen Debatten der deutschen Linken vor 15 Jahren.

Ganz anders als in den Gewerkschaften scheint in der SPD von moderner Wirtschaftspolitik nicht mehr die Rede zu sein. Die Parteitagsbeschlüsse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind ein Sammelsurium altbekannter Hüte. An die Idee, durch mehr Freizeit zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, glaubt keiner mehr.

Gleichzeitig wird an den Grundfesten unserer politischen Kultur gerüttelt. Wer die Außenpolitik streitig stellen will, handelt

unverantwortlich. Er unterminiert die Bündnisfähigkeit Deutschlands und das Vertrauen unserer Verbündeten, das wir uns aufgebaut haben. Die SPD verdrängt, daß mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs und der wiedergewonnenen Souveränität Deutschland Verantwortung übernehmen und die Lasten der Friedenssicherung solidarisch mittragen muß.

Beispiel: Bosnien. Man kann nicht für die Verwirklichung des internationalen Friedensplanes plädieren, auch eine deutsche Beteiligung befürworten und gleichzeitig die Bereitstellung des international erbetteten deutschen Beitrags zum Schutz der Soldaten, die den Frieden sichern – die ECR-Tornados – verweigern.

Der neue Parteivorsitzende will auf Bundesebene den Weg gehen, den die SPD in Sachsen-Anhalt vorgezeichnet hat. Er kündigt damit den Konsens auf, daß für radikale Parteien kein Platz in der politischen Landschaft Deutschlands sein darf. Gewiß sind nicht alle Wähler der PDS Kommunisten, so wenig wie alle Wähler der Republikaner Neonazis waren. Es ist die Pflicht der demokratischen Parteien, Wähler – soweit es irgend geht – ins demokratische Lager zurückzuholen. Das kann man nicht, wenn man die Nachfolgeorganisation der SED, die Erben Ulbrichts und Honeckers, als Partei gesellschaftsfähig macht. Oskar Lafontaine treibt ein fahrlässiges und gefährliches Spiel, wenn er mit Radikalen paktiert, um so die Macht zu gewinnen.

Dabei braucht Deutschland zur Zeit keine Spielereien, sondern Vertrauen. Die Zukunft Deutschlands gestaltet man, indem man sich den Herausforderungen stellt und konstruktiv mitarbeitet. ■

Lafontaines Verleumdungen

Der SPD-Vorsitzende Lafontaine will von seiner Kungelei mit der kommunistischen PDS ablenken. Deshalb behauptet er, die CDU habe „zwei kommunistische Parteien geschluckt“. Diese Behauptung ist ebenso falsch wie verleumderisch.

1. Vor fünfzig Jahren gründeten auch in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone aufrechte Frauen und Männer die CDU als eine Partei, die auf der Grundlage des christlichen Verständnisses vom Menschen eine neue demokratische Ordnung gestalten wollte. Schon bald aber geriet die CDU dort in das Mahlwerk des kommunistischen Systems.

2. Unter brutalem Zwang wurden die demokratischen Parteien zu Werkzeugen der kommunistischen Diktatur umfunktionierte. Die SPD zum Beispiel wurde mit der KPD zur SED „zwangsvereinigt“. Viele Sozialdemokraten wehrten sich, andere machten mit.

Nicht besser erging es der CDU. Sie wurde zwar nicht „zwangsvereinigt“, aber gewaltsam „gleichgeschaltet“.

3. Noch jahrelang setzte die CDU der Repression der SED starken Widerstand entgegen. Zahlreiche führende Persönlichkeiten der CDU wurden abgesetzt, verhaftet oder zur Flucht gezwungen. Viele wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt oder starben sogar in den Gefängniszellen der SED. Von der Mitte der 50er Jahre bis zum Mauerbau 1961 verließen ca. 2000 CDU-Mitglieder jährlich die DDR.

4. Die SED zwang die CDU schließlich mit Hilfe ihrer genehmer Funktionäre auf ei-

nen Kurs der Anpassung. Die CDU wurde als Hilfsinstrument der Diktatur mißbraucht. Diejenigen aber, die sie zum Instrument machten, die alle Entscheidungen trafen und die Verantwortung trugen, waren die Funktionäre der SED, die sich heute PDS nennt.

5. Neben der Willfährigkeit, dem Opportunismus und dem Machtmißbrauch einer korrupten Funktionärsclique gab es in der CDU der DDR viele Mitglieder, die trotz innerer Konflikte in der Partei blieben, die dort eine schützende Nische suchten, um ihrem christlichen Glauben zu leben, oder die einer Bedrängung von seiten der SED nur durch den Eintritt in die CDU entgehen konnten.

6. 1989 brach sich der Protest gegen die Zwangsherrschaft der SED auch in der CDU Bahn. Mit dem „Brief aus Weimar“ wurde ein tiefgreifender Reformprozeß eingeleitet. Im Dezember 1989 befreite sich die CDU aus der „babylonischen Gefangenschaft“ der SED. Auf einem Sonderparteitag brach sie endgültig mit dem Sozialismus und bekannte sich zu freier Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Damit knüpfte sie wieder an ihre Anfänge von 1945 an. Der Einschnitt war verbunden mit einer umfassenden personellen Erneuerung.

7. Die CDU der Bundesrepublik Deutschland vereinigte sich im Oktober 1990 also keineswegs mit „kommunistischen Blockparteien“, sondern mit den neu errichteten Landesverbänden einer tiefgreifend erneuerten demokratischen Ost-CDU, die sich vorbehaltlos zum Programm der CDU Deutschlands bekannte.

... und reden den Leuten ein, Demokratie sei Notwehr gegen die in Bonn

Zitate aus einem Aufsatz des Bürgerrechtlers Konrad Weiß im „Spiegel“ (48/1995):

Die Sünden aus 40 Jahren DDR sind eben nicht damit vergeben, daß man sich von SED in PDS umbenennt. Zumal dieser Name, Partei des Demokratischen Sozialismus, blanke Demagogie ist. Es kann keinen „demokratischen Sozialismus“ geben. Sozialismus ist unvereinbar mit Demokratie.

Ich halte es für eine Torheit, die PDS für stubenrein zu erklären, nur weil sie von einer Viertelmillion Leuten gewählt worden ist, aus welchen Gründen auch immer. Auch die 14 Millionen Wähler der NSDAP bei den

Reichstagswahlen 1932 waren überwiegend unpolitische Protestwähler.

Ihr Programm ist aus den Forderungen der Grünen und der SPD zusammengeschrieben, gewürzt mit ein paar Prisen Klassenkampf. Es liest sich flott und erbaulich, immer noch der Traum von einer besseren Welt.

Gysi und Genossen sind Verführer. Sie wollen den Leuten einreden, Veränderung gehe ohne eigene Anstrengung. Sie entmündigen jene, die sie wählen, auch weiterhin und reden den Leuten ein, Demokratie sei Notwehr gegen die da in Bonn.

8. Die SPD aber wendet sich einer Partei zu, die den Bruch mit dem Sozialismus weder programmatisch noch personell vollzogen hat – und es auch gar nicht will. Die PDS ist nicht eine Nachfolgeorganisation der SED, sie ist die SED unter anderem Namen.

9. Die PDS ist die Partei derjenigen, die in der DDR wirklich die Verantwortung trugen. 95 Prozent der PDS-Mitglieder sind ehemalige SED-Mitglieder. In der Führungsspitze der PDS wimmelt es von Leuten, die im SED-Staat herausgehobene Funktionen einnahmen.

10. Die PDS verfügt über einen harten kommunistischen Kern, sie unterhält enge Kontakte zu kommunistischen Parteien im Ausland und betätigt sich gerade auch im Westen Deutschlands als Sammelbecken

linksextremistischer Gruppen. Sie strebt offen eine andere Republik an, sie will „umfassende Gesellschaftsveränderungen“ und „grundlegende Veränderungen in der Produktions- und Lebensweise durchsetzen“ (Grundsatzprogramm der PDS). Sie will politische Heimat sein für diejenigen, „die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen“ (Grundsatzprogramm der PDS).

Mit einer solchen Partei sucht Lafontaine den Schulterfluß. Und er versucht, diesen ungeheuerlichen Vorgang zu vertuschen, indem er wider besseres Wissen eine demokratische Partei verunglimpft. Damit beleidigt er zugleich viele Menschen, die unter den Bedingungen einer kommunistischen Diktatur gelebt und gelitten haben.

Die Erwartungen der SPD werden schnell wie Seifenblasen platzen

Die Sozialdemokratische Partei durchlebt zur Zeit die Stufen einer klassischen Tragödie. Der Parteitag in der vergangenen Woche bildete dabei den Höhepunkt, quasi den dritten Akt, in dem das Schicksal gewendet scheint. Doch bekanntlich wird der tragische Ausgang damit nur ein Stück weit hinauszögert.

Mit der Wahl Oskar Lafontaines – die wohl treffender als Putsch zu bezeichnen ist – zum neuen Vorsitzenden der SPD wird diese Partei ganz sicher nicht aus ihrem Abwärtsstrudel gezogen. Gewiß – getreu dem Sprichwort „neue Besen kehren gut“ – schaut man von der sozialdemokratischen Basis zur Zeit hoffnungs- und erwartungsvoll auf die Parteiführung. Doch werden diese Erwartungen schnell wie Seifenblasen zerplatzen. Eine Spielernatur wie Oskar Lafontaine, der als Kanzlerkandidat 1990 seiner Partei ein geradezu katastrophales Wahlergebnis von 33,5 Prozent der Stimmen bescherte, hat außer Polemik nichts zu bieten.

Mit Oskar Lafontaine hat vielmehr das Pokerspiel ‚Macht um jeden Preis‘ seinen Anfang genommen. Für die SPD hat damit das Abgleiten aus der Mitte in die linke Ecke des Parteienspektrums begonnen. Auf die Interessen unseres Landes wird Lafontaine keine Rücksicht nehmen. Der sprichwörtlich rote Teppich für die SED-Nachfolger unter dem Deckmantel PDS ist bereits ausgerollt. Der Weg wird vorbereitet für ein neues „Volksfrontbündnis“. Mit dieser Brautwerbung hat Lafontaine den Konsens aufgekündigt, der alle demokratischen Kräfte seit Beginn der Bundesrepublik verbunden hat. Dies ist zugleich eine Ohrfeige für die traditionelle SPD-Stammwählerschaft, die den Pakt mit den Kom-

munisten stets gemieden hat wie der Teufel das Weihwasser. Doch das spielt für Oskar Lafontaine offensichtlich keine Rolle.

Schnell zerstört werden wird auch die neu aufkeimende Hoffnung der sozialdemokratischen Basis auf eine sachorientierte Politik ihrer Partei. Die SPD ist in keinem politischen Bereich entscheidungs- und handlungsfähig, und dies wird sich auch auf absehbare Zeit nicht ändern:

**Von Joachim Hörster,
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion**

In Sachen Wirtschaftspolitik ist der Lafontaine'sche 10-Punkte-Plan reine Makulatur. Was hier medienwirksam gefordert und verkündet wird, läuft diametral zur tatsächlich praktizierten Politik der SPD im Bundestag und Bundesrat. Ein Blick ins Heimatland des neuen Vorsitzenden spricht für sich: Das Saarland ist nur mit Hilfe einer dicken Finanzspritze des Bundes knapp dem finanziellen Desaster entgangen. Darüber hinaus mangelt es an wirtschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen, Konzeptionen und Leitlinien.

Einen wahren Hasadeur-Kurs hat die SPD unter Lafontaine in der Außenpolitik eingeschlagen. In dieser Woche ist endlich das von der ganzen Welt ersehnte Friedensabkommen für das ehemalige Jugoslawien paraphiert worden. Der Beitrag der SPD zur Sicherung von Frieden und Freiheit bestand allerdings darin, auf ihrem Parteitag den Einsatz von Kampfflugzeugen zum Schutz der internationalen Frie-

Böge: Die Landwirtschaft muß bei der SPD für alles herhalten

Zu den agrarpolitischen Beschlüssen des SPD-Bundestags erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses Agrarpolitik der CDU, Reimer Böge, MdEP:

Seit dem Bundestag der SPD ist klar, daß Solidarität für sie nur ein leeres Wort ist. Dies haben nicht nur die Umstände des Vorsitzendenwechsels gezeigt, dies zeigen auch die agrarpolitischen Beschlüsse. Die SPD versagt der Landwirtschaft in schwieriger Situation jede Unterstützung. Sie fordert, einseitig die Marktordnungskosten und Exportbeihilfen bis 2010 drastisch abzubauen.

Dies ist unzumutbar, solange nicht gleichzeitig garantiert ist, daß die Rahmenbedingungen auf dem Weltmarkt eine bessere Einkommensentwicklung ermöglichen und die nächste GATT-Runde der europäischen Landwirtschaft einen besseren Handelsrahmen gewährt. Einseitige Vorleistungen auf Kosten unserer Landwirtschaft sind völlig fehl am Platz. Sie nutzen niemandem, treffen aber unsere Landwirtschaft ins Mark.

Die Landwirtschaft muß bei der SPD für alles herhalten. So will sie laut Parteitagbeschuß mit den Einsparungen in der Agrarpolitik unter anderem

die Heranführung der mittel- und osteuropäischen Länder an die Gemeinschaft ermöglichen. Zu glauben, man müsse nur den Bauern etwas wegnehmen, und schon sei die Erweiterung nach Osten problemlos möglich, ist ebenso vermessen wie dumm. Die CDU wird nicht zulassen, daß in bezug auf die Schwierigkeiten der EU-Erweiterung in anderen Bereichen eine Alibi-Diskussion gegen die Landwirtschaft geführt wird.

Die CDU hat auf ihrem Parteitag im Oktober in Karlsruhe den Beschluß gefaßt, daß der deutschen Landwirtschaft im gemeinsamen europäischen Markt weiterhin eine wettbewerbsfähige Entwicklung ermöglicht werden muß und daß der eingeschlagene Weg der EU-Agrarpolitik zur Marktentlastung und Einkommenssicherung einschließlich der dauerhaft sicheren Ausgleichsmaßnahmen und der Honorierung der Umweltleistungen der Landwirtschaft konsequent weiterverfolgt und Wettbewerbsverzerrungen abgebaut werden müssen.

Wir wollen, daß unsere auf Nachhaltigkeit ausgerichtete bäuerliche Landwirtschaft eine Zukunft hat. Wir wollen Deutschland als Agrarstandort erhalten.

denstruppen für Bosnien und zum Schutz der deutschen Aufklärungsflugzeuge abzulehnen. Dieser Kurs muß in die außenpolitische Isolierung Deutschlands führen. Er ist der Rückschritt zu einem kleinkarierten nationalstaatlichen Denken, mit dem wir unsere heutigen Probleme nicht lösen können.

Die SPD hat sich mit ihrem neuen Vorsitzenden gänzlich von der Realität verabschiedet. Für die Union ist es daher um so wichtiger, jetzt mit aller Kraft die notwendigen Entscheidungen Schritt für Schritt durchzusetzen, die den Wirtschaftsstandort Deutschland auch für die Zukunft wettterfest machen. ■

Befristete Stichtagsregelung ist ein notwendiger Kompromiß

Anläßlich der Verabschiedung der Stufenregelung zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:

Mit großer Mehrheit haben wir im Deutschen Bundestag eine bis Ende 1998 befristete Übergangslösung zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz verabschiedet. Die gestaffelte Stichtagsregelung ist ein notwendiger und tragfähiger Kompromiß.

Vorgesehen ist: Die Bundesländer, in denen es zuwenig Kindergartenplätze gibt, können 1996 einen Stichtag für den Kindergartenplatzanspruch festlegen, der nicht nach dem 1. August liegen darf. Alle Kinder, die bis zu diesem Stichtag drei Jahre alt sind, haben Anspruch auf den Besuch eines Kindergartens, alle später geborenen erst im folgenden Jahr. 1997 sind zwei, 1998 drei Stichtage vorgesehen. Das heißt, daß Dreijährige 1997 höchstens sechs und 1998 nur noch vier Monate auf einen Kindergartenplatz warten müssen. Ab 1999 soll es keine Wartezeit mehr geben. Alternativ kann bis Ende 1998 auch eine andere geeignete Kinderbetreuung, etwa durch Tagesmütter oder Spielgruppen, angeboten werden.

Für Härtefälle gibt es eine Ausnahmeregelung, nach der der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Geburtstag des Kindes bestehen bleibt. Dies wird vor allem Alleinerziehenden zugute kommen.

Mit der befristeten Stichtagsregelung ist der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gesichert. Gleichzeitig wird den Län-

dern und Kommunen geholfen, die glaubwürdig dargestellt haben, daß es ohne Stichtagsregelung zu einer schlechteren Kinderbetreuung kommen würde, weil vielfach noch nicht genügend Kindergartenplätze geschaffen werden konnten. Dennoch bleibt der Druck auf die Gemeinden bestehen, bis zum 1. Januar 1999 für jedes Kind ab dem dritten Geburtstag einen Kindergartenplatz zu garantieren, denn die Stichtagsregelung ist gekoppelt an einen verbindlichen Ausbauplan.

Wir brauchen eine kinder- und familienfreundlichere Gesellschaft. Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet, daß der Bundesrat dieser Stichtagsregelung ebenfalls zustimmt und fordert die Länder und Kommunen auf, ihr Angebot an Kindergartenplätzen – schätzungsweise 500.000 fehlen – umgehend bedarfsgerecht auszuweiten.

Bundesfamilienministerin Claudia Nolte:

Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme zum Bundesratsentwurf deutlich gemacht, daß sie am Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz unverrückbar festhält. Angesichts der Realität können wir uns jedoch nicht einer Regelung verschließen, die den Ländern bzw. Gemeinden, in denen noch nicht genügend Kindergartenplätze bereitstehen, befristet die Einführung einer Stichtagsregelung ermöglicht und es zudem erlaubt, daß sie innerhalb dieser Frist den Rechtsanspruch auch durch andere geeignete Förderungsangebote erfüllen.

Pflegeeltern profitieren vom neuen Familienleistungsausgleichs

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, erklärte zur Verabschiedung der beschlossenen Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes:

Pflegeeltern brauchen sich keine Sorgen darüber zu machen, daß sie durch den Familienleistungsausgleich zum 1. Januar 1996 finanziell schlechter gestellt werden könnten. Mit der Einführung der Übergangsregelung zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hat der Deutsche Bundestag gleichzeitig beschlossen, daß die Anrechnungsbeträge des Kindergeldes auf die Leistungen, die Pflegeeltern zum Unterhalt des Kindes erhalten, neu festgelegt werden. Der Bundesrat hat dieser Regelung zugestimmt.

Zukünftig wird den Pflegeeltern nicht mehr das volle Erstkindergeld angerech-

net, sondern für das erste Kind die Hälfte des gezahlten Kindergeldes. Wenn sie mehrere Pflegekinder aufgenommen haben oder ein Pflegekind haben, das nicht das älteste Kind in der Familie ist, ermäßigt sich der Anrechnungsbetrag für diese Kinder auf ein Viertel des Erstkindergeldes. Für 1996 bedeutet dies, daß 100 DM für das erste Kind und 50 DM für jedes weitere Pflegekind angerechnet werden.

Damit stellen wir sicher, daß der Anrechnungsbetrag dem bisherigen Umfang entspricht. Wir wollen, daß der Einsatz von Pflegeeltern für die Erziehung fremder Kinder gewürdigt wird. Eine Verschlechterung war familienpolitisch nie beabsichtigt. Im Gegenteil: Wir haben es für dringend notwendig gehalten, daß Pflegefamilien noch in diesem Jahr Rechtssicherheit erhalten. ■

Ausländerpolitik: Auf dem richtigen Weg

Zur Vorstellung des Berichts der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski:

Mit ihrer Ausländerpolitik ist die Bundesregierung auf dem richtigen Weg. Dies bestätigt der von der Ausländerbeauftragten vorgelegte zweite Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland.

So konnten wichtige Detailregelungen im Ausländerrecht getroffen werden, die die ebenso geboten wie gewünschte Integra-

tion der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland erleichtern. Hierzu zählt die europäische Regelung zur Erleichterung grenzüberschreitender Klassenfahrten von Nicht-EU-Ausländern.

In anderen Bereichen des Ausländerrechts, z. B. dem eigenständigen Aufenthaltsrecht des nachgezogenen Ehegatten (§ 19 AuslG) haben sich die Koalitionspartner in den aktuellen Verhandlungen zur Novellierung des Ausländergesetzes über die Notwendigkeit von Verbesserungen verständigt.

Positiv hervorgehoben wurde von der Ausländerbeauftragten auch der Rückgang fremdenfeindlicher Straftaten. ■

Vertrauensvoller Dialog mit Künstlern, Literaten, Interpreten

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und die Kulturbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach, erklärten zu einer neuen kulturpolitischen Veranstaltungsreihe:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird durch eine besondere Veranstaltungsreihe neue Akzente in ihrer kulturpolitischen Arbeit setzen. Wir wollen dabei in einen vertrauensvollen Dialog mit Künstlern, Literaten, Interpreten und Kulturinteressenten eintreten, um Inspiration für eigene Positionen und Entscheidungen zu gewinnen. Die intellektuelle Auseinandersetzung mit kulturellen Wurzeln, kulturellen Strömungen und kulturellen Spannungsfeldern kommt in unserer tagespolitischen Arbeit leider häufig zu kurz.

Vor einer Woche haben wir den kulturellen Diskurs unter dem Namen Venusberg-Gespräche begonnen. Vorerst sind acht Gespräche geplant; Gesprächsort wird jedes mal das Steigenberger Hotel Venusberg sein.

Mit dieser Veranstaltungsreihe beschreitet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen neuen Weg und markiert den hohen Wert, den sie der Kulturpolitik beimißt.

Kunst und Kultur sind für breite Schichten unserer Bevölkerung wichtige Inhalte persönlicher Lebensgestaltung. Künstler, Interpreten und Kulturschaffende halten das kulturelle Erbe wach und prägen es für die Zukunft.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Jahren die kulturpolitische Arbeit durch erhebliche Mittel im Rahmen der Zuständigkeiten des Bundes und der haushaltswirtschaftlichen Möglichkeiten maßgeblich gefördert, kontinu-

ierlich durch gesetzgeberische Maßnahmen zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen beigetragen und nicht zuletzt durch den Arbeitskreis „Kunst und Kultur“ die Möglichkeit des Dialogs zwischen Kultur, Kunst und Politik geschaffen.

Eine Kulturnation muß ihre Werte bewahren und weiterentwickeln. Dazu bedarf es auch des Geldes – aber nicht nur des Geldes. Die Venusberg-Gespräche sollen uns Ferment in der Kulturpolitik sein.

Es werden jeweils nicht mehr als insgesamt 30 Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur, aus Feuilleton und aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion daran teilnehmen. Es liegt uns an gelöstem, nachdenklichem und vertrauensvollem Gedankenaustausch abseits vordergründiger Podiumsdiskussionen.

● Am 23. November 1995 hatten die Venusberg-Gespräche Premiere. Mit einem Zitat aus Tannhäusers Romerzählung sollen die Grenzen der Bußfähigkeit in Literatur, Geschichte und Gegenwart ausgelotet werden: „Da ekelte mich der holde Sang.“

● „Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles!“ ist das Leitmotiv des zweiten Venusberg-Gesprächs am 6. März 1996, das dem Thema Stifter, Sponsoren, Mäzene gewidmet ist.

● Das dritte Venusberg-Gespräch greift am 16. Oktober 1996 das Thema Frau auf: „Penthesilea oder Penelope?“ Männerhaß und Frauentreue aus dem Blickwinkel der Gleichberechtigten.

Danach werden in fünf weiteren Abenden deutsches Regietheater, Alltagsmusik, Sprachkultur, Bildende Kunst und Film Gesprächsfundamente sein.

Wir freuen uns schon jetzt auf fruchtbare Gespräche.

Erfüllung der Abfindungsansprüche hat Vorrang

Zur Diskussion über die Verjährung von Ansprüchen nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Egon Susset:

Wir appellieren an die Bundesregierung, zusammen mit den Bundesländern zu prüfen, inwieweit die Vermögensauseinandersetzung korrekt verlaufen ist und das novellierte Landwirtschaftsanpassungsgesetz sich als geeignetes Instrument erwiesen hat oder aber ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich und möglich sind, damit Unrecht nicht sanktioniert wird. Von Interesse ist hierbei auch, ob durch die Gelder des „Hilfsfonds Ost“ die Rechtsberatung der Betroffenen wirksam erleichtert wird.

Uns liegt daran, daß die Abfindungsansprüche ausgeschiedener LPG-Mitglieder erfüllt werden und die Durchsetzbarkeit der Ansprüche nicht gefährdet wird. Die Durchsetzung der Ansprüche ist schon schwierig genug. Daher dürfen nicht noch Nachteile dadurch entstehen, daß z. B. Ansprüche verjähren.

Die hierüber entstandene Verunsicherung unter den Betroffenen ist allerdings sachlich nicht begründet. Denn die Ansprüche verjähren fünf Jahre, nachdem sie entstan-

den sind, zum Ende des jeweiligen Jahres. Abfindungsansprüche ehemaliger LPG-Mitglieder und deren Erben, die vor dem 20. Juli 1990 aus der LPG ausgeschieden sind, sind frühestens mit dem Inkrafttreten des novellierten Landwirtschaftsanpassungsgesetzes am 7. Juli 1991 entstanden, so daß die Verjährung erst mit Ablauf des Jahres 1996 eintritt. Dies gilt auch für die Ansprüche der ehemaligen Mitglieder, die nach dem 20. Juli 1990 ausgeschieden sind, weil aufgrund des – zu diesem Zeitpunkt in Kraft getretenen – Landwirtschaftsanpassungsgesetzes der Volkskammer Ansprüche zwar entstanden sind, aber erst aufgrund der nächsten Bilanz der LPG in aller Regel 1991 fällig wurden. Dies trifft gleichfalls auf evtl. Schadensersatzansprüche gegen Vorstandsmitglieder der LPG wegen sorgfaltswidriger Geschäftsführung zu.

Unabhängig vom Ende der Verjährungsfrist können die ehemaligen LPG-Mitglieder jederzeit den Lauf der Verjährungsfrist unterbrechen, z. B. durch gerichtliche Geltendmachung. Dafür reicht es aus, einen Mahnbescheid zuzustellen. Auch die Zahlung von Raten und Abschlägen unterbricht die Verjährung.

Kommission „Standortoffensive“ konstituiert

Zur Steigerung von Zukunftsfähigkeit und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Kommission „Standortoffensive“ eingesetzt. Ziel dieser Kommission ist die konzentrierte Fortsetzung der Standortdiskussion und die Umsetzung konkreter Maßnahmen. Die Kommission unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Peter Repnik ist am 29. November zum ersten Mal zusammengetreten.

Plädoyer für eine genauere Umweltökonomische Gesamtrechnung

Der Beirat zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) des Bundesumweltministeriums hat am 22. November Bundesumweltministerin Angela Merkel seine Stellungnahme übergeben. Dazu erklärte Bundesumweltministerin Angela Merkel:

Bei der Umweltökonomischen Gesamtrechnung geht es im Kern um die Frage, an welchen Maßstäben wir unser Wirtschaften und Verhalten ausrichten. Das Sozialprodukt als Größe zur Kennzeichnung der Wohlfahrt einer Gesellschaft reicht dafür alleine nicht aus. Denn bei seiner Berechnung werden weder der Ressourcenverzehr noch wachsende Umweltschäden, wie die Verschmutzung von Luft und Gewässern oder der Verlust der Artenvielfalt und die daraus resultierenden Wohlfahrtsverluste, angemessen erfaßt.

Spätestens seit der Rio-Konferenz 1992 ist weltweit anerkannt, daß auch die wirtschaftliche Entwicklung sich an dem Ziel der Nachhaltigkeit ausrichten muß. Deswegen brauchen wir konzeptionelle Grundlagen für ein besseres Verständnis der Zusammenhänge von Umwelt und Wirtschaft. Genau hier liegt die Bedeutung der Umweltökonomischen Gesamtrechnung, kurz UGR. Sie soll eine systematische Darstellung und statistische Er-

fassung der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und den damit verbundenen Umweltveränderungen liefern. Sie ist eine wichtige Grundlage zur Bewertung der Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung.

Angela Merkel: Die Umweltökonomische Gesamtrechnung ist eine wichtige Grundlage zur Bewertung einer nachhaltigen Entwicklung.

Auch der Beirat vertritt die Auffassung, daß ausreichende umweltbezogene statistische Daten, wie sie die UGR liefert, unerlässlich sind für eine zielgerichtete Umweltpolitik. Für die Umweltpolitik ist es von großem Interesse, statistisch untermauerte Informationen darüber zur Verfügung zu haben, durch welche Sektoren welche direkten und indirekten Umweltbelastungen verursacht werden, wie der Zustand der Umwelt sich entwickelt und bewertet werden kann und wie hoch schließlich die ökologischen Kosten in unserer Volkswirtschaft sind. Diese Informationen sollten auch in anderen Politikbereichen, z. B. der Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik und Landwirtschaftspolitik Berücksichtigung finden.

Wolfgang Schäuble wieder Fraktionschef

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, ist am 28. November erwartungsgemäß in seinem Amt bestätigt worden. Von 258 anwesenden Unionsabgeordneten stimmten 237 mit Ja, 14 mit Nein, fünf enthielten sich. Die Fraktion bestätigte auch die sechs Stellvertreter Schäubles aus der CDU: Rudolf Seiters (191 Ja-Stimmen), Hans-Peter Reppnik (186), Hannelore Rönsch (182), Rupert Scholz (174), Paul Krüger (156) und Heiner Geißler (133).

Wir setzen uns nach wie vor für die Gesunderhaltung des Waldes ein

Zum Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1995 erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Egon Susset:

Auch die Ergebnisse des diesjährigen Waldzustandsberichtes sind weder ein Anlaß zum Jubeln noch zur Katastrophenmalerei. Die Forschung zeigt uns, daß nicht die witterungs- und kalamitätsbedingten jährlichen Zustandsschwankungen, sondern der langjährige Trend der Waldschäden entscheidende Aussagekraft haben. Besonders die standortbezogene Waldökosystemforschung beweist immer wieder das Langzeitgedächtnis des Waldes. Daraus folgt:

Die bisherige Politik zur Minderung der Emissionen, die bisher schon große Erfolge zu verzeichnen hat – wobei auch die Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag geleistet hat – ist mit Augenmaß im Hinblick auf den Standort Deutschland und die Belastung des einzelnen Bürgers fortzusetzen. Schadstoffe machen an Grenzen nicht halt, deshalb darf diese Politik nicht auf Deutschland beschränkt bleiben, sondern muß in der ganzen EU Platz greifen und auch den Transitverkehr erfassen. Ziel muß sein, die weitere Versauerung der Waldböden zu stoppen. Dies ist nicht von heute auf morgen machbar. Um so wichtiger sind die Begleitmaßnahmen: Als Sofortmaßnahme bremst die Kalkdüngung die Versauerung. Hier ist festzuhalten, daß die Land- und Forstwirtschaft im letzten Jahr die Kalkdüngung um 16,1 Prozent gesteigert und so einen wesentlichen Beitrag zum Bodenschutz geleistet hat. Auch für den standortgerechten Waldbau geben uns die Forschungsergebnisse Hinweise: Jeder Waldstandort verlangt nach der pas-

senden Baumart; ist dies nicht der Fall, besitzen die Bäume aufgrund geringer Wurzelbildung nur unzureichende Vitalität. Die Sturmkatastrophen haben klar gezeigt, daß Mischbestände wesentlich widerstandsfähiger sind als Reinkulturen. Auch beim Forstschutz muß man konsequent sein und darf nicht aus falsch verstandenem Naturschutzverständnis z. B. auf die chemische Bekämpfung des Schwammspinners verzichten. Der Wald hat nach einer solchen Unterlassung in den Folgejahren schwer zu leiden.

Wir setzen uns nach wie vor für die Gesunderhaltung unseres Waldes ein, wir tun dies nicht nur mit Blick auf die Waldschäden, sondern auf die gesamte Forstwirtschaft: Wir unterstützen alle Anstrengungen, den Absatz von Holz aus den deutschen Wäldern zu fördern. Nicht Naturromantik und Jammern helfen dem Wald, sondern gute betriebswirtschaftliche Ergebnisse, die garantieren, daß unser Wald auch weiterhin die notwendige Pflege erhält.

Bundesernährungsminister Jochen Borchert:

Bei aller Sorge, die wir uns zu Recht um unseren Wald machen, sollten wir ruhig auch stolz sein darüber, daß wir es als hochindustrialisiertes und dichtbesiedeltes Land geschafft haben, den Waldanteil mit 30 Prozent der gesamten Landesfläche Deutschlands stabil zu halten. Seit 1960 nahm der Wald flächenmäßig sogar um 500.000 Hektar auf insgesamt 10,7 Millionen Hektar zu.

Der seit Jahrtausenden seßhafte Bürger wird zum „Neo-Nomaden“

Führende deutsche Tourismusforscher und -wissenschaftler haben auf einer öffentlichen Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn zum Thema „Tourismuspolitische Herausforderungen aus Sicht der Wissenschaft“ Stellung bezogen. Dazu erklärten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Fremdenverkehr und Tourismus, Rolf Olderog, und der stellvertretende Vorsitzende, Klaus Brähmig:

Trotz der vom Flugverkehr ausgehenden massiven ökologischen Belastungen werden deutsche Urlauber zukünftig noch weit mehr Flug- und Fernreisen unternehmen als bisher. Das war die übereinstimmende Einschätzung führender deutscher Tourismuswissenschaftler und -forscher, die auf einer öffentlichen Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn zu zentralen „Tourismuspolitischen Herausforderungen“ Stellung bezogen.

Insbesondere Südamerika, Südafrika, Indonesien und Burma nannten die Experten als zukünftige attraktive Fernziele der Deutschen. Weniger Zuwächse bei Fernreisen werde es nur geben, wenn die Politik etwa durch eine zumindest EU-weite Besteuerung des Flugbenzins Einfluß nehme. Die Reisenden selbst verlangten keinen nennenswerten Trendwandel hin zu einem ökologisch rücksichtsvollen Tourismus – so das Ergebnis aller wissenschaftlichen Untersuchungen.

Sehr zurückhaltend schätzen die Experten die weitere Entwicklung des Reise- und Urlaubslandes Deutschland ein. Lediglich im Bereich der Kurz-, Städte- und Verwandtenreisen könne der – allerdings bereits auf hohem Niveau stehende – deutsche Fremdenverkehr noch mit bescheide-

nen Zuwächsen rechnen, hieß es. Deutschland als Hauptreiseziel der Deutschen leide vor allem unter einem unverdient schlechten Image und einer äußert preiswerten ausländischen Konkurrenz.

Deutschland biete aber im Gegensatz zu den südlichen Ländern einen weit besseren Erholungseffekt, so Prof. Christoph Becker und Dr. Heinz-Walter Kierchhoff. Allerdings fehle es in Deutschland an Kreativität, auch an Dienstleistungsorientierung, an unzureichender Marktbeobachtung und Kooperationsbereitschaft; die Tourismusorganisationen seien finanziell und personell schlecht ausgestattet.

Als eine zentrale Zielgruppe nannte Prof. Karl-Heinz Wöhler die Reisenden, die über 50 Jahre und älter seien. Ausgestattet

Dringend verbessert werden muß das touristische Deutschland-Angebot

mit viel Geld und einer Woodstock-Beatles-Zeit-Mentalität, habe sie die früher „Für die Kinder und Enkelkinder da sein“ Haltung abgelöst durch die Einstellung „Für uns und für das Reisen da sein“. Auf neue Wettbewerbsstrategien ist insbesondere der westdeutsche Hotelmarkt angewiesen, erläuterte Prof. Georg Bleile. Es gebe gegenwärtig ein Überangebot von 200.000 bis 250.000 Betten. Der durchschnittliche Auslastungsgrad liege gegenwärtig bei etwa 34 Prozent, was eine rentable Betriebsführung nur noch in Ausnahmefällen denkbar mache. Der Bettenberg, der sich vor allem zunehmend zu Lasten der mittelständischen Hotelbetriebe auswirke, müsse abgebaut werden.

Einmütig forderten die Wissenschaftler, die Tourismusforschung insbesondere auch die Grundlagenforschung zu intensivieren. Eine wachsende globale Mobilität zeige bei dem seit Jahrtausenden sesshaften Bürger eine Tendenz zum „Neo-Nomaden“. Die tieferen Ursachen und die möglichen sozialen und kulturellen Auswirkungen dieses Vorganges seien noch zu klären, erläuterte Prof. Wolfgang Nahrstedt von der Universität Bielefeld.

Die Wissenschaftler plädierten für eine engere Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Politik. Zur Verbesserung der Situation wurde – bei allerdings nicht immer einmütiger Meinung – vorgeschlagen, ein Deutsches Tourismusinstitut oder eine andere zentrale Stelle für die Tourismusforschung zu schaffen und im Rhythmus von zwei bis drei Jahren ein touristisches Sachverständigen-Gutachten erstellen zu lassen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion be-

wertet das Ergebnis der Anhörung sehr positiv. Sie hat eindrucksvoll gezeigt, daß Wissenschaft und Forschung der Tourismuspolitik und -wirtschaft wichtige Erkenntnisse vermitteln können. Die notwendige und von allen Verantwortlichen immer wieder propagierte konsequente Hinwendung zu einem ökologischen Tourismus geschieht tatsächlich offensichtlich nur halbherzig oder gar nicht. Notwendig ist immer wieder mehr Aufklärung, insbesondere über die ökologischen Auswirkungen der massenhaften Mobilität, und der konsequente Einsatz aller Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Verbänden. Dringender Handlungsbedarf besteht für eine durchgreifende Verbesserung des touristischen Deutschland-Angebots und seiner Vermarktung. Die Inanspruchnahme wissenschaftlichen Sachverständigen ist für die Tourismuswirtschaft und die Tourismuspolitik hilfreich und vielfach geboten.

Die Probleme der weltweiten Verstädterung gemeinsam lösen

In seiner Sitzung am 22. November hat die ressortübergreifende Arbeitsgruppe des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „HABITAT“ in Bonn den Wohnungsbauexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz einstimmig zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Der Rastatter Bundestagsabgeordnete übernimmt den Vorsitz von Dietmar Kansy.

Die Arbeitsgruppe HABITAT des Deutschen Bundestages befaßt sich mit Fragen der nachhaltigen Siedlungsentwicklung in einer zur Verstädterung strebenden Welt und bringt ihre Vorstellungen in die Arbeit des Deutschen Nationalkomitees HABI-

TAT II ein, das zur Aufgabe hat, die deutschen Beiträge für die UN-Konferenz 1996 in Istanbul zu menschlicheren Siedlungen vorzubereiten.

Peter Götz: „Wir befassen uns mit den drängenden sozial-, wohnungs-, arbeitsmarkt- und umweltpolitischen Problemen einer zunehmenden weltweiten Verstädterung. Dies gilt für die Mega-Städte der 3. Welt, aber auch für Ballungsräume in den Industrieländern, die an die Grenze der Regierbarkeit stoßen. Es geht darum, Lösungswege gegen eine für Mensch und Natur rücksichtslose Siedlungsentwicklung aufzuzeigen und Maßnahmen zu entwickeln, die einer weltweiten Flüchtlingsbewegung entgegenwirken.“ ■

EVP-Kongreß in Madrid

Ein voller Erfolg auf dem Weg zu einer europäischen Partei

Über 500 Delegierte aus 13 Ländern der Europäischen Union und von 20 Mitgliedsparteien der EVP haben sich vom 5. bis 7. November unter dem Motto „EVP – die Kraft der Union“ zum XI. EVP-Kongreß in Madrid getroffen und die politischen Leitlinien der Partei für die nächsten 2 Jahre bestimmt.

Die EVP hat grundlegende Beschlüsse gefaßt: zur Debatte standen die Forderungen der EVP für die Regierungskonferenz 1996; die Reform der EVP als politische Partei; Satzungsänderungen, die eine stärkere politische Präsenz der EVP auf europäischer Ebene sowie eine verstärkte Rückbindung an die Mitgliedsparteien garantieren. Außerdem wurden Satzungsänderungen diskutiert, die die Erweiterung der Partei um Länder Mittel- und Osteuropas ermöglichen. Ein Höhepunkt des Kongresses war die Großveranstaltung mit hochrangigen christdemokratischen Akteuren europäischer Politik.

Forderungen für 1996

Hauptthema des Kongresses war die Verabschiedung der von einer EVP-Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Hans-Gert Pöttering (CDU) erarbeiteten Forderungen der EVP für die Regierungskonferenz 1996. Der endgültige Forderungskatalog „Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz“, der von der überwältigenden Mehrheit der Delegierten beschlossen worden ist, ist der politischen Linie der EVP treu geblieben. Die EVP, die für ein föderales Europa steht, fordert darin u.a.:

- eine Stärkung des Europäischen Parlaments, d.h. dessen Gleichberechtigung mit dem Ministerrat in der Gesetzgebung;

- die grundsätzliche Mehrheitsentscheidung im Ministerrat, auch in verteidigungspolitischen Fragen, damit die Handlungsfähigkeit der EU weiterhin garantiert ist;

- die verstärkte Einbeziehung der nationalen Parlamente durch ihre jeweilige Regierung in die Gesetzgebung der EU;

- die Schaffung einer europäischen Polizeibehörde (EUROPOL) mit operativen Befugnissen;

- die bessere Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und die klare Definition der Zuständigkeiten von EU und Mitgliedstaaten;

- eine gemeinsame Verteidigungspolitik;

- die Integrierung der Westeuropäischen Union in die Europäische Union und die Akzeptanz einer Beistands- und Solidaritätsklausel bzw. des Art. 5 des WEU-Vertrages durch die EU-Mitgliedsländer.

Die EVP auf dem Weg zur europäischen Partei

In der gleichnamigen Kongreß-Arbeitsgruppe wurde über die Zukunft der EVP debattiert. Diskussionsgrundlage waren der Bericht des Generalsekretärs Klaus Welle für den Kongreß sowie sein Papier: „Die EVP auf dem Weg zu einer europäischen Partei“.

Als eindrucksvolle Bilanz der Entwicklung der EVP für das vergangene Jahr kann festgehalten werden: die Anzahl der Mitgliedsparteien der EVP ist von 13 auf 20 angewachsen, zwei neue Publikationen sind gegründet worden (EVP-NEWS und CD-NEWS Mittel- und Osteuropa), die

wöchentlich bzw. monatlich über die Entwicklungen der Partei informieren, und seit Juni dieses Jahres hält ein Pressesprecher den Kontakt zu den europäischen Medien. Ferner wurden jetzt Satzungsänderungen auf den Weg gebracht, die die Erweiterung der EVP um Parteien aus Mittel- und Osteuropa und ein flexibleres und politisch stärkeres Präsidium ermöglichen.

In seinem Bericht, der im nächsten politischen Büro vom 14. Dezember zur Beschlussfassung vorgelegt wird, macht Klaus Welle für die weitere Zukunft der Partei u.a. folgende Vorschläge:

- mehr Rückbindung an die Mitgliedsparteien und die Sicherung eines Grundkonsenses;
- aktivere Pressearbeit;
- eine solidere Finanzierung;
- eine besser Koordinierung zwischen EVP/EUCD/EDU.

Die Satzungsänderungen in der EVP

Die Rolle des Präsidiums als Entscheidungsträger ist gestärkt worden: die Zahl der Vizepräsidenten ist jetzt auf vier begrenzt, und es wird zukünftig häufiger, mindestens acht mal jährlich, zusammenzutreten. Dadurch kann die EVP wesentlich flexibler auf aktuelle Fragen der europäischen Politik reagieren. Die Rückbindung zu den Mitgliedsparteien wird ebenfalls garantiert, da das Präsidium vier- bis sechs- mal jährlich mit den Vorsitzenden der Mitgliedsparteien als Rat zusammenzutreten wird und politisch bindend entscheiden kann. Als wirklich entscheidungsfähige europäische Partei braucht die EVP den direkten Kontakt zur Führung der Mitgliedsparteien. Sie will kein Dachverband sein, sondern politische Kraft.

Des weiteren wird die EVP auch ein Forum haben, in dem vor den europäischen Gipfeln die Mitglieder des Präsidiums mit

den Mitgliedern des Europäischen Rates (Regierungschefs), die einer Mitgliedspartei angehören, dem Präsidenten der Europäischen Kommission sowie EVP-nahen Mitgliedern der europäischen Kommission und anderer europäischer Institutionen zu einer vorbereitenden politischen Debatte zusammentreten können. Wo europäische Politik gemacht wird, müssen die entscheidenden Akteure zusammengebracht werden, die christdemokratische Politik mehrheitsfähig machen.

Die Erweiterung um Mitgliedsparteien aus Mittel- und Osteuropa ist ebenfalls ein wichtiges strategisches Ziel der EVP. Mit einem System des Beitritts in die EVP in drei Phasen sollen die Parteien an die EVP herangeführt werden können, die die Grundüberzeugungen der EVP teilen.

Öffentlicher Höhepunkt des Kongresses der EVP in Madrid war eine Großveranstaltung am Sonntagabend. Vor über 4.000 Gästen haben hochrangige Christdemokraten ihre Visionen zur Europäischen Union entwickelt; u.a. Jaques Santer, Präsident der Europäischen Kommission, José María Aznar, Vorsitzender der Partido Popular, Jean-Claude Juncker, Luxemburger Premierminister, John Bruton, irischer Premierminister, und Volker Rühle, Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland. In ihren Reden sind sie besonders auf die Wichtigkeit einer Europäischen Währungsunion und einer Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik eingegangen.

Auf dem Kongreß wurden des weiteren 7 Resolutionen zu aktuellen Themen angenommen. Themen waren die Erweiterung der EU, eine gemeinsame Sicherheitspolitik, eine gemeinsame Verteidigungspolitik, die Währungsunion, die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Südamerika sowie konkrete Fragen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. ■

Zur Beratung des Bundesvorstands

Mit der Konstituierung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik am 4. Oktober sind nun alle ständigen Bundesfachausschüsse der CDU im Amt. In der folgenden Übersicht finden Sie auch den Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen, für den die Bundesfachausschussordnung sinngemäß gilt:

Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender:	Johannes Gerster	LV Rheinland-Pfalz
Stellvertreter:	Heinz Paus MdL	LV Nordrhein-Westfalen
	Alexander Prechtel	LV Mecklenburg-Vorp.
Geschäftsführer:	Patrick Kammerer	

Bundesfachausschuß Bildung, Forschung und Kultur

Vorsitzender:	Herbert Reul MdL	LV Nordrhein-Westfalen
Stellvertreter(in):	Bärbel Sothmann MdB	LV Hessen
	Dieter Althaus MdL	LV Thüringen
	Klaus von Trotha MdL	LV Baden-Württemberg
Geschäftsführer:	Stephan Sillekens	

Bundesfachausschuß Sport

Vorsitzende:	Petra Roth MdL	LV Hessen
Stellvertreter(in):	Klaus Riegert MdB	LV Baden-Württemberg
	Steffi Schnoor	LV Mecklenburg-Vorp.
Geschäftsführerin:	Edelgard Schönau	

Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Energiepolitik

Vorsitzender:	Dr. Norbert Lammert MdB	LV Nordrhein-Westfalen
Stellvertreter(in):	Dr. Paul Krüger MdB	LV Mecklenburg-Vorp.
	Dr. Gisela Meister-Scheufelen	LV Baden-Württemberg
	Dr. Dieter Murmann	LV Schleswig-Holstein
Geschäftsführer:	Michael Alber	

Bundesfachausschuß Strukturpolitik

(Städtebau, Wohnungswesen, Telekommunikation, Verkehr)

Vorsitzender:	Dr. Karl-Heinz Daehre MdL	LV Sachsen-Anhalt
Stellvertreter(in):	Brita Schmitz-Hübsch MdL	LV Schleswig-Holstein
	Werner Dörflinger MdB	LV Baden-Württemberg
	Claus-Peter Grotz MdB	LV Baden-Württemberg
Geschäftsführerin:	Ursula Heinen	

Bundesfachausschuß Umweltpolitik

Vorsitzender:	Kurt-Dieter Grill MdB	LV Niedersachsen
Stellvertreter(in):	Wilma Glücklich MdA	LV Berlin
	Prof. Dr. Roland Salchow (MdHB)	LV Hamburg
Geschäftsführer:	Dr. Wolfgang Kubink	

Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender:	Reimer Böge MdEP	LV Schleswig-Holstein
Stellvertreter(in):	Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB	LV Sachsen-Anhalt
	Petra Wernicke MdL	LV Braunschweig
Geschäftsführerin:	Gabriele Hopp	

Bundesfachausschuß Medienpolitik

Vorsitzender:	Anton Pfeifer MdB	LV Baden-Württemberg
Stellvertreter(in):	Bernd Neumann MdB	LV Bremen
Geschäftsführer:	Ralf Golinski	

Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik**(Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend, Frauen, Senioren)**

Vorsitzender:	Hermann-Josef Arentz MdL	LV Nordrhein-Westfalen
Stellvertreter(in):	Dr. Maria Böhmer MdB	LV Rheinland-Pfalz
	Dr. Paul Hoffacker	LV Nordrhein-Westfalen
	Maria Michalk	LV Sachsen
Geschäftsführer:	N.N.	

Bundesfachausschuß Außenpolitik**(einschl. Sicherheitspolitik)**

Vorsitzender:	Elmar Brok MdEP	LV Nordrhein-Westfalen
Stellvertreter:	Dr. Friedbert Pflüger MdB	LV Niedersachsen
	Dr. Andreas Schockenhoff MdB	LV Baden-Württemberg
Geschäftsführerin:	Jeannet-Susann Frössinger	

Bundesfachausschuß Europapolitik

Vorsitzender:	Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP	LV Nordrhein-Westfalen
Stellvertreterinnen:	Christine Lieberknecht MdL	LV Thüringen
	Doris Pack MdEP	LV Saar
Geschäftsführer:	Gert Olav Göhs	

Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitzende:	Anne-Karin Glase MdEP	LV Brandenburg
Stellvertreter:	Armin Laschet MdB	LV Nordrhein-Westfalen
	Prof. Dr. Winfried Pinger MdB	LV Nordrhein-Westfalen
Geschäftsführer:	Winfried Weck	

Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender:	Herbert Helmrich MdL	LV Mecklenburg-Vorp.
Stellvertreter(in):	Dr. Gabriele Wurzel	LV Mecklenburg-Vorp.
	Prof. Dr. Rupert Scholz MdB	LV Berlin/Brandenburg
	Jakob Kraetzer	LV Berlin/Brandenburg
	Walter Remmers MdL	LV Sachsen-Anhalt
Geschäftsführerin:	Karin Althaus-Grewe	

„Politisch erhebliche Vorgänge und Entwicklungen“ zu beobachten und den Bundesvorstand davon in Kenntnis zu setzen, ist die Aufgabe der Bundesfachausschüsse der CDU. Sie planen ihre Arbeitsvorhaben in Abstimmung mit dem Generalsekretär. Über Arbeit und Beschlüsse der Bundesfachausschüsse berichtet regelmäßig der UfD.

Letzter Samstag im Monat

– Neue Formen der Arbeit der Kreis- und Ortsverbände, ein Projekt der CDU Brandenburg –

Um die Öffentlichkeitsarbeit der CDU Brandenburg wirksam zu verbessern, wurde vom Landesverband das Projekt LESAMO (Letzter Samstag im Monat) gestartet. Regelmäßig am letzten Samstag im Monat sollen in jedem Kreisverband Canvassing-Aktionen durchgeführt werden. Am Anfang eines jeden Monats soll dazu die Planung und Vorbereitung in den Kreisverbänden erfolgen. Der Landesverband bietet den Kreisverbänden als Hilfestellung folgende Checkliste an:

1. Datum und Canvassing

2. Finanzplan aufstellen/Sponsoren ansprechen

verantwortlich sind die Kreisschatzmeister/Kreisgeschäftsführer (Finanzplan im Kreisvorstand bestätigen)

3. Festlegungen im Kreisvorstand über:

Stützpunkte	verantwortliche Kreisvorstandsmitglieder bzw. Mandatsträger	Themen
▶ Musterhagen		
▶ Musterhausen		
▶ eventuell Gewerbegebiete		
▶		
▶		
▶		

- ▶ Musterhagen
- ▶ Musterhausen
- ▶ eventuell Gewerbegebiete
- ▶
- ▶
- ▶

(Bei Notwendigkeit über Ordnungsämter Standortgenehmigung einholen)

4. Zeitliche Betreuung der Stützpunkte

Hinweis: Für die Erarbeitung dieser Übersicht ist der Kreisgeschäftsführer verantwortlich. Dieser Zeitplan sollte verbindlich im Kreisvorstand bestätigt werden. Es ist darauf zu achten, daß an jedem Canvassing-Stützpunkt ein

LESAMO

Mitglied des Kreisvorstandes vor Ort ist.

Verantwortlich für die Ausstattung personeller und werblicher Art sowie für die gesamte regelmäßige Durchführung ist der Ortsvorsitzende.

von – bis	Name
7.00 – 9.00	Max Mustermüller
8.00 – 10.00	Ilse Frauenmuster

5. Materialangebot feststellen und, wenn nötig, anfordern

verantwortlich: Ortsvorsitzender

Bundestag

über verantwortliche MdB
▶ Gesetzestexte, Broschüren, Infos

Landtag

über verantw. MdL/Pressestelle der Fraktion
▶ aktuelle Broschüren der Landtagsfraktion

► Infos und, soweit möglich, Gesetzestexte

Bundesgeschäftsstelle

über Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bzw. IS-Versandzentrum, PF 11 64, 33759 Vermold (laut Angebot)

Landesgeschäftsstelle

programmatisches Material der Landespartei (soweit vorhanden) über Kreistage bzw. Handreichungen/Flugblätter mit Schwerpunktthemen erarbeiten
verantwortlich: CDU Kreistags- bzw. Städte- und Gemeindefraktionen

6. Materielle Sicherung für Canvassing-Stützpunkte
 verantwortlich: Kreisgeschäftsführer

- Canvassingtisch
- CDU-Schirm
- Dekorationsmaterial (Luftballons, Fahnen, Werbemittelträger, Plakate)
- Beschallungsanlage mit Mikro, wenn möglich

7. Öffentlichkeitsarbeit

- Ankündigung der Aktion in Presse und regionalen Sendern
- persönlich Gäste zu Gesprächen vor Ort einladen
- schriftliche Aufnahme der Probleme der Bürger und Pressenachbereitung
- öffentlicher Dank an die Bürger (für die große Resonanz).

„Gestalten und Bewahren – Landwirtschaft in einer sich ändernden Welt“



Zur Teilnahme an einem Diskussionsforum zu dem oben genannten Thema hat Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert eingeladen. Das Diskussionsforum findet am Donnerstag, dem **14. Dezember, von 10 bis 15 Uhr, im Vortragsaal des Hauses der Geschichte, Adenauer Allee 250 in Bonn**, statt.

Land- und Forstwirtschaft tragen, so schreibt Jochen Borchert in der Einladung, eine besondere Verantwortung für die Pflege unserer Kulturlandschaft; ihre ökologischen Leistungen sind unentbehrlich für den Naturschutz. Andererseits sind beide Wirtschaftszweige den Erfordernissen des Naturschutzes in den dichtbesiedelten Regionen Deutschlands und Europas unterworfen.

Der Landwirtschaftsminister weist auf die Entwicklungsdefizite vieler Län-

der in der Welt hin, insbesondere auf die Nahrungsmittelknappheit einer rasch wachsenden Weltbevölkerung und befürchtet, daß eine auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit gegründete Land- und Forstwirtschaft in den Entwicklungsländern auf zunehmende Schwierigkeiten stoßen wird.

Gelegenheit, um nach Antworten auf diese Herausforderungen zu suchen, vor denen die Land- und Forstwirtschaft am Ende dieses Jahrtausends steht, sollen zwei Foren und Podiumsdiskussionen bieten, deren Teilnehmer Agrarexperten, Fachleute für Landwirtschaft und Forsten und Umweltspezialisten sind.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung:
Tel. (02 28) 5 29-41 73
5 29-41 63

„Seniorenbüros“ gehen neue Wege: 36.000 Nutzer allein 1994/95

Das bundesweite Modellprogramm „Seniorenbüro“ kann eine eindrucksvolle Bilanz vorweisen: Allein 1994 und 1995 wurden die Seniorenbüros von rund 36.000 Personen genutzt. Neben 26.000 Seniorinnen und Senioren fanden 2.400 Gruppen und Vereine in den Seniorenbüros eine Kontakt- und Anlaufstelle.

Darüber hinaus haben mehr als 1.000 Ehrenamtliche auf Anregung der Seniorenbüros eigene Projekte entwickelt. Diese Zahlen nannte Bundesseniorenministerin Claudia Nolte zum Auftakt der Fachtagung „Wegweiser in ein aktives Alter - Seniorenbüros“ am 21. November in Bonn. Bei der Tagung ging es um die Erfahrungen mit dem Modellprogramm seit seinem Start 1992.

Seniorenbüros tragen dazu bei, daß ältere Menschen ihr Engagement und ihre Lebenserfahrung weiter in die Gesellschaft einbringen können. Mit Hilfe der Seniorenbüros können sich ältere Menschen Tätigkeitsfelder erschließen, die ihren Wünschen und Neigungen entsprechen. In den Büros erhalten sie Informationen über Möglichkeiten des Engagements, werden in ehrenamtliche soziale Aufgaben oder in nachberufliche Tätigkeiten vermittelt und finden Kontakt zu anderen Älteren. In den 43 Seniorenbüros, die das Bundesseniorenministerium modellhaft fördert, werden mehr als 100 unterschiedliche Tätigkeitsfelder für ältere Menschen angeboten. In vielen Gemeinden sind weitere Büros nach dem Vorbild des Projekts gegründet worden.

Seniorenministerin Claudia Nolte: „Der Kontakt zu anderen ist für die allermeisten älteren Menschen wichtig. Und Kontakte gewinnt man am besten durch eine Aufgabe, die verbindet. In diesem Sinne sind Se-

niorenbüros Wegweiser in ein aktives Alter. Engagement für sich und andere, die Freude am gemeinsamen Tun stehen im Vordergrund. Eine Politik für aktive Senioren muß diese Grundlinien unterstützen und die Voraussetzungen für sie schaffen.“

Frau Nolte wies darauf hin, daß über die Hälfte der Menschen, die auf das Rentenalter zugehen, ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer aktiven Lebensführung und dem Engagement für die Gemeinschaft erklären. Nur etwa 20 Prozent setzen diese Haltung aber in die Tat um. „Unser Ziel muß es sein, die brachliegenden Potentiale zu erschließen. Freiwilliges soziales Engagement muß attraktiver werden“, betonte Claudia Nolte. „Das Modellprogramm Seniorenbüro hat gezeigt, zu welch großem Engagement ältere Menschen bereit sind, wenn sie in ihrer Lebensumwelt angesprochen werden und wenn Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben sind.“

Wie die Arbeit von Seniorenbüros aussieht, zeigt eine Wanderausstellung, die während der Tagung erstmals öffentlich zu sehen ist. Die Ausstellung kann kostenlos entliehen werden über die 4D Design Agentur, Frankenforster Str. 141 a, 51427 Bergisch Gladbach.

Im Rahmen der Fachtagung am 21. November wurde auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros gegründet. Hierin schließen sich die Träger von Seniorenbüros zusammen, um auch über die Modellförderung hinaus eine Kooperation und Vernetzung der Büros zu gewährleisten und damit die Möglichkeiten für eine aktive Lebensgestaltung älterer Menschen zu fördern und zu erweitern.

Advents- und Weihnachts- liederbuch ▶

Alle Jahre wieder ist es eine schöne Tradition, z. B. im Kreis der Familie oder mit Freunden einen gemütlichen Adventssonntag mit Tee, Gebäck und vorweihnachtlicher Hausmusik zu verbringen. Doch Hand auf's Herz! Kennen Sie alle Texte und Noten auswendig?

Bestell-Nr.: 2867
Verpackungseinheit:
25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 24,75 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

Advents- und Weihnachtslieder

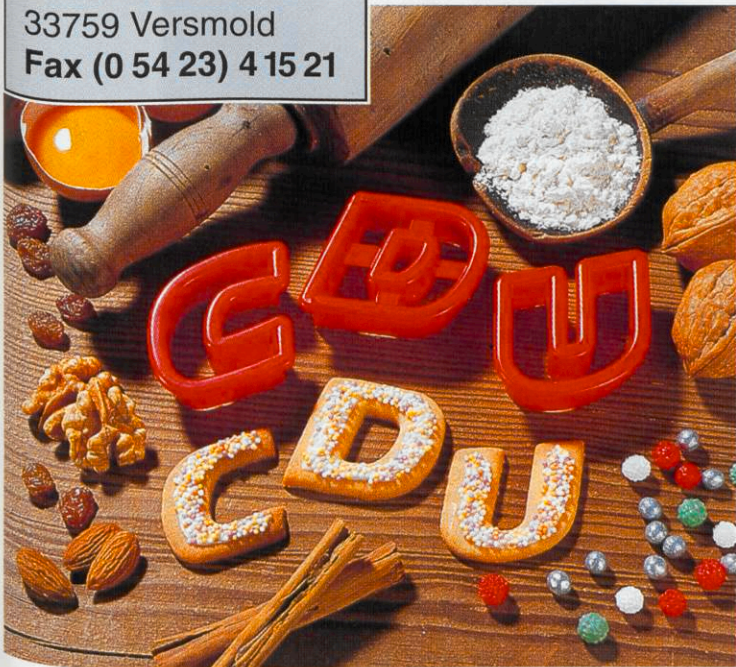


CDU

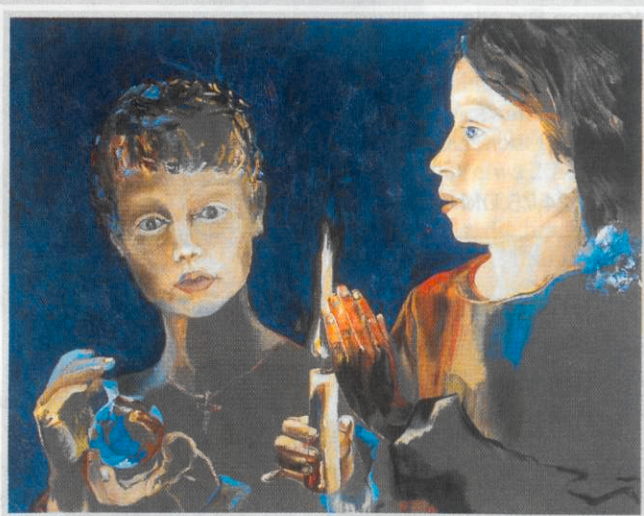
◀ CDU-Aus- stechformen- Set

Durch die Ausstechförmchen der CDU können Sie z. B. beim Weihnachtsbasar oder an den Info-Ständen Ihres Ortsverbandes leckeres CDU-Gebäck anbieten.

Bestell-Nr.: 9109
Verpackungseinheit: 10 Sets
Preis je 10 Sets: 17,00 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



Ölgemälde von Bettina Balleinat »Weihnachtliche Vorfreude« (Hommage à De la Tour)

BESINNLICHE WEIHNACHTEN UND EIN GLÜCKLICHES 1996 **CDU**

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UID

38/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.